

The Nation Strikes Back? Neue und alte Nationalismen im östlichen Europa

Projektkurs 2019/2020 am Osteuropa-Institut



REALITÄT HTTP-ERROR 406 NOT
ACCEPTABLE - Die angeforderte
Ressource steht nicht in der
gewünschten Form zur Verfügung.

The Nation Strikes Back?

Zu neuen und alten Nationalismen in Zeiten von Corona – ein Projektseminar im Ausnahmezustand

Als wir den Projektkurs und die thematisch verwandte Grundlagenvorlesung am Osteuropa-Institut der FU Berlin für das akademische Jahr 2019/2020 planten, schien die Welt zunehmend in nationale Register zu verfallen. Unter Präsident Donald Trump bestimmte der Slogan „America First“ die amerikanische Außenpolitik. Im deutschen Bundestag drohte die AfD als mittlerweile stärkste Oppositionspartei den bundesrepublikanischen Konsens der Erinnerungspolitik in Bezug auf die deutsche Schuld im Zweiten Weltkrieg zu sprengen. In Polen regierte seit 2015 die rechtskonservative PiS-Partei, die sich wiederholt auf nationalkonservative Werte berief, Fremdenhass schürte, ein konservatives Familienmodell propagierte und eine national-affirmative Geschichtspolitik im großen Stil betrieb. Auch in Russland formierte sich im Laufe der letzten Dekade ein neuer Nationalismus, dessen Spuren sich mittlerweile gar in den geplanten Verfassungsänderungen des Jahres 2020 finden lassen.

Nationalistische, populistische und konservative Projekte versetzten jedoch nicht nur Osteuropa in Aufruhr. Die global vergleichende Perspektive sowie die Diskussionen im Rahmen der begleitenden

Vorlesung führten uns die ideologische Vielfalt und strategische Varianz entsprechender Projekte vor Augen. Was medial oft simplifiziert als ‚nationalist backlash‘ beschrieben wurde, entpuppte sich bei näherem Hinsehen als ein heterogenes Phänomen mit komplexen historischen und kulturellen Bezügen, das zudem in jeweils spezifische sozio-ökonomische und politische Kontexte eingebettet war. Die Studierenden des Seminars wählten diese Projekte der Konstruktion neuer kollektiver Identitäten und Zugehörigkeiten als Ansatzpunkt, um sich theoretisch und praktisch mit historischen wie gegenwärtigen Phänomenen der (Re-)Nationalisierung in Osteuropa auseinanderzusetzen. Dabei sollten nicht nur Fragen nach der Konstruktion von Nationalismen im östlichen Europa im Mittelpunkt stehen, sondern explizit auch die Perspektiven jener Akteure berücksichtigt werden, die sich seit der Transformationszeit exkludiert, marginalisiert oder nicht gehört fühlten.

Als sich die Studierenden im Februar 2020 wissenschaftlich mit dem Themengebiet auseinandergesetzt, eigene Projekte geplant, Fördergelder erhalten und Flüge gebucht hatten, brach weltweit eine durch den neuartigen SARS-CoV-

2-Erreger verursachte Pandemie aus. Die Welt stand erst Kopf, dann still: Zunächst war es nicht der Nationalstaat, der „zurückschlug“, sondern ein Virus und damit eine ganz vormodern anmutende, biologische Gefahr. In rasantem Tempo wurden wir Zeitzug*innen einer, wie es schnell hieß, *neuen Normalität*. In dieser vollzogen sich die ergriffenen Maßnahmen entlang nationaler Parameter. Die historische Errungenschaft der Freizügigkeit innerhalb der EU musste den Sicherheitsüberlegungen zur Eindämmung der Pandemie weichen. Innerhalb weniger Tage wurden Grenzen geschlossen. Die nun omnipräsenten Statistiken verleiteten dazu, einen verengten Blick auf die vermeintlichen Erfolge und Fehlschläge des *eigenen* Landes einzunehmen. *Angst essen Seele auf?* Klaus Kleber anmoderierte im Heute-Journal die Schließung der Grenzen durch Polen als Akt der Durchsetzung nationaler Partikularinteressen, nur um einen Tag später dieselbe Maßnahme von deutscher Seite als einen verantwortungsvollen Schritt der Regierung zum Schutz ihrer Bürger*innen zu loben. Die Kritik am Föderalismus, dieses „nationalen Flickenteppichs“, ließ nicht lange auf sich warten. Forderungen nach der koordinierenden *nationalen* Hand folgten. Der Ruf Italiens nach materieller und finanzieller Unterstützung verhallte anfänglich ungehört in der Kakophonie reflexhaft national bearbeiteter Ausnahmezustände. Der amerikanische Präsident beharrte auf dem „Chinese Virus“, während weltweit von Anfeindungen gegenüber Menschen mit asiatischem Aussehen als vermeintliche „Krankheitsüber-

träger“ berichtet wurde.

The Nation Strikes Back? Das war die polemisch gestellte Frage im Titel unserer Veranstaltung. Und nun konnten und mussten wir im Zeitraffer beobachten, wie die EU-Mitgliedsstaaten in nationalen Referenzrahmen agierten. Zwar zeigt sich mittlerweile, dass man den Wert der Kooperation wiederzuentdecken scheint und bereit ist, die EU als politische, ökonomische und auch humanitäre Schicksalsgemeinschaft zu verstehen. Im Gegensatz zur nationalstaatlichen Handlungsfähigkeit hat sich die Zukunft des europäischen Einigungsprojektes jedoch einmal mehr als hochgradig fragil und radikal offen herausgestellt.

Auch die Studierenden und Dozent*innen des OEI trafen die verhängten Maßnahmen schwer. Aufgrund des Lockdowns, der genau zu jener Zeit wirksam wurde, in der die Projektgruppen reisen, beobachten, interviewen und forschen wollten, fehlte nicht nur ein Teil der entscheidenden, praktischen Projektarbeit, sondern auch die gemeinsamen Auseinandersetzungen, Workshops und Gruppenarbeiten. Wir mussten nun fast vollständig auf digitale Medien als einzige Kommunikationsplattform und Verständigungspraxis zurückgreifen. Niemand konnte mehr Akteure vor Ort und persönlich treffen, nahezu alle Projekte mussten völlig neu konzipiert werden und einige waren in der geplanten Form überhaupt nicht mehr realisierbar. Einige Gruppen nahmen daraufhin die Corona-Krise zum Anlass, um den Umgang mit der Pandemie

selbst zu untersuchen, was in Anbetracht des historischen Charakters dieser Zeit nur folgerichtig war. Dabei legten die Studierenden Wert darauf, nicht in einfache nationale Schemata zu verfallen, sondern vergleichend und grenzübergreifend zu arbeiten. Auf diese Weise entstand durch die Arbeit zweier Gruppen ein transnationales Panorama unterschiedlicher Pandemie-Erfahrungen in den Gesellschaften, Familien, Freundeskreisen und Medien Deutschlands, Russlands, Italiens und der Ukraine.

Andere Gruppen wollten sich von der Krise nicht das Thema diktieren lassen. Sie behielten den Fokus auf jene Probleme bei, die sie schon zuvor als solche identifiziert hatten. Hier war viel Kreativität gefragt, alle mussten sich neue Fähigkeiten und Kenntnisse aneignen, um fristgerecht die Projekte abschließen zu können. So wagte sich eine Projektgruppe an eine sozial- und erfahrungshistorische Studie der politischen Stimmungslage Ostdeutschlands durch das Prisma der Eisenhüttenstädter Stadtgesellschaft. Eine andere Gruppe lieferte einen Einblick in das neue nationale Selbstverständnis der Ukraine nach dem „Euro-Maidan“ anhand der Dekommunisierungsbemühungen der Stadt Winnyzia. Besonders bitter waren die Reisebeschränkungen für die Studierenden, die sich mit ausgewählten visuell sichtbaren Erinnerungsorten jüdischer Geschichte in der Topographie Warschaws, Budapests und Berlins durch selbst angefertigtes Fotomaterial auseinandersetzen wollten. Ganz ähnlich musste auch im Projekt zur bosnischen

Jugend und ihrer Perspektive auf eine „Nation im Werden“ Abstriche gemacht und ursprünglich geplante Videoaufnahmen und Workshops in eine Fernerhebung umgebaut werden. Aufbauend auf den ganz unterschiedlichen neuen Nationalismen in der Ukraine und Russland seit den 2000er Jahren, nahm eine weitere Projektgruppe eine vergleichende Perspektive auf Strategien von LGBTQI-Aktivist*innen unter diesen Bedingungen ein. Auf ganz unterschiedliche Weisen setzten sich zwei Projektgruppen mit Prozessen nationaler Identitätskonstruktionen auseinander. Während ein Projekt einen vergleichenden und ethnografischen Blick auf unterschiedliche Vermittlungen nationaler Narrative in russischen und bulgarischen Samstagsschulen in Berlin warf, rekonstruierte eine andere die Muster der nationalen Identitätskonstruktion Georgiens gegenüber Russland seit dem Augustkrieg 2008. Besonders froh sind wir, im Rahmen eines Projektes die Realisierung einer Ausstellung zum Werk der polnischen Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk in der Bibliothek des Osteuropa-Instituts begleitet zu haben. Nicht zuletzt stellt es einen großen Erfolg dar, dass eine Projektgruppe trotz der massiven Einschränkungen ein feministisches Kunst- und Kulturfestival zur Rolle der Frau unter den Bedingungen national-konservativer Tendenzen in Osteuropa digital realisieren konnte.

In dieser Broschüre lernen Sie die Projekte eines besonderen Kurses im Ausnahmezustand kennen. Wir möchten uns bei allen Studierenden, unserer studen-

tischen Hilfskraft Tatiana Kharkova sowie unseren Workshop-Veranstalter*innen für ihre Ideen, ihren Einsatz und die Flexibilität im Verlauf der vergangenen 10 Monate bedanken und hoffen, dass es – wie für uns – auch für sie eine lehrreiche und bereichernde Erfahrung war, aus der in Zukunft geschöpft werden kann.

Agnieszka Wierzcholska & Sebastian Hoppe

Berlin, Juli 2020

Projektübersicht

Vorwort	2
Projektübersicht	6
Nationalismen in Bosnien und Herzegowina Auswirkungen politischer Hate Speech	8
„Wiedervereinigung oder Übernahme?“ Eine Spurensuche in Eisenhüttenstadt	12
Erinnerungsorte jüdischer Geschichte Warschau - Budapest - Berlin	16
In Feminis Veritas – Osteuropa Frauenfestival Vernetzung von Aktivistinnen, Künstlerinnen, Musikerinnen und Vertiefung der Ost-Westbe- ziehung	20
Das Bild Russlands in Georgien	26
Nationalismus in Osteuropa Auswirkungen auf den LGBTQI*-Aktivismus in Russland und der Ukraine	28

Die Welt in der Corona Krise Drei Länder, drei Geschichten	32
Tagebuch aus der Quarantäne Russlanddeutsche in Zeiten des Virus Zwischen neuer und alter Heimat Ein Podcast über die Wahrnehmung der Pandemie aus der Sicht von Russlanddeutschen	34
Russische und bulgarische Samstagsschulen in Berlin und ihr Beitrag zur Identitätsbildung bei Kindern und Jugendlichen	38
Die Welt stirbt und wir bemerken es nicht einmal	40
Die Straßen von Winnyzja im Wandel	42

Nationalismen in Bosnien und Herzegowina

Auswirkungen politischer Hate Speech



v.l.n.r. Marko Klaić, Johannes Ramljak, Mihaela Vochin (aus dem Projekt ausgeschieden), Franziska Fischer, Marlene Hermfisse © Marko Klaić, Johannes Ramljak, Mihaela Vochin, Franziska Fischer, Marlene Hermfisse

Populistische und nationalistische Rhetoriken erreichten im letzten Jahrzehnt ein enormes Ausmaß. Immer öfter nutzen Politiker*innen populistische Strategien der öffentlichen Auseinandersetzung, verbreiten Hassrede (hate speech) und grenzen damit Gruppen voneinander ab. Ein Land, das sich aufgrund seiner politischen Struktur besonders anfällig für Hate Speech zeigt, ist Bosnien und Herzegowina (BuH). Das südosteuropäische Land wurde nach den Bosnienkriegen

1992 bis 1995 in zwei Entitäten und entlang der drei größten ethnischen Gruppen geteilt. Die gegenwärtige Politik des Landes ist geprägt von Hass und Hetze statt politischer Visionen. An die Stelle von interkulturellem Dialog rückt häufig offener Nationalismus.

Wie wirkt sich ein solches politisches Klima auf heranwachsende Generationen aus? Zeigen sich Auswirkungen auf jene Generation, die in der Nachkriegs-

zeit aufgewachsen ist und die ihre eigene Zukunft vor allem als Teil eines vereinten Europas sieht? Übernimmt diese Generation nationalistische Denkweisen, die beispielsweise in ihrem sozialen Umfeld verbreitet sind? Wie denken bosnische Jugendliche über die Politik ihres Landes und wie bewusst nehmen sie Hate Speech als Problem wahr? Um Antworten auf diese Fragen zu bekommen, haben wir mit Expert*innen und Jugendlichen aus BuH über diese Themen gesprochen.

Die Situation junger Menschen in Bosnien ist von Perspektivlosigkeit geprägt, der manche durch die Abwanderung nach Europa zu entkommen versuchen, wie wir in einem Interview mit Halisa Skopljak von der OSZE-Mission in Bosnien erfahren haben. Ihr zufolge stelle es für junge Menschen eine große Herausforderung dar, sich den Problemen im Land – Arbeitslosigkeit, Nationalismus, Korruption – entgegenzustellen, deren Lösung zu viel Zeit und Kraft kosten würde. Wir hatten im Rahmen unseres Projektes jedoch die Chance, mit jungen und politisch engagierten Menschen zu sprechen, die genau dies tun.

Die politische Kultur in BuH, so erklärte uns der Südosteuropaexperte Florian Bieber vom Zentrum für Südosteuropastudien an der Universität Graz, ist nach wie vor stark von der Fragmentierung der Gesellschaft geprägt. Der offene Nationalismus der Serben, Kroaten und Bosnier resultiert in einer von Hass und Hetze geprägten Rhetorik gegenüber den jeweils anderen Volksgruppen und einem

gegenseitigen blame game.

Gegen das Problem Hate Speech, der zu- vorderst von oben – also von der politischen Elite – kommt, als Einzelne*r vorzugehen, ist schwierig. Für Boris Luketa aus Banja Luka ist hierfür ein öffentlicher Diskurs, der auf Fakten basiert, essenziell. Politiker*innen, die hasserfüllte Kommunikation befördern, sollten zur Verantwortung gezogen werden. Da die rechtliche Lage in BuH das jedoch nicht ermögliche, stellten Wahlen das wirkmächtigste Instrument der Gesellschaft bei der Lösung des Problems dar, so Ahmed Kosovac, der bei der Boris-Divković-Foundation mit Jugendlichen zum Thema Hate Speech arbeitet. Er wies außerdem auf die nicht zu unterschätzenden Auswirkungen von Hate Speech auf die mentale Gesundheit junger Menschen hin. Halisa Skopljak betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit von präventiven Maßnahmen, besonders im Bildungsbereich. Diese müssten langfristig angelegt sein und einen systematischen, landesweiten Ansatz verfolgen.

Unsere Herangehensweise an das Thema macht unser Projekt besonders. Anstelle der verbreiteten bottom-up-Sichtweise auf Hate Speech haben wir bewusst die top-down-Sichtweise in den Fokus genommen, um den Einfluss zu untersuchen, den eine enthemmte politische Rhetorik auf die Bevölkerung hat. Unsere Idee war es ursprünglich, die Projektergebnisse in einem Dokumentarfilm zu präsentieren. Da eine Reise nach BuH aufgrund der Maßnahmen zur Bekämp-

fung von COVID-19 nicht möglich war, wurden alle Interviews über Skype geführt und das Endprodukt entsprechend angepasst. Alle Ergebnisse des Projektes und die geführten Interviews wurden schließlich in kurze Lehrvideos zur Verwendung als Social-Media-Content aufbereitet, die wir u.a. für verschiedene Stiftungen zugänglich gemacht haben.

Wir möchten uns ausdrücklich bei der Boris-Divković-Foundation für die Zusammenarbeit und bei all unseren Interviewpartner*innen bedanken, die mit uns ihre eindrücklichen und wertvollen Erfahrungen, Meinungen und ihr Wissen geteilt haben.

PROJEKTGRUPPE: Franziska Fischer, Marlene Hermfisse, Marko Klaić und Johannes Ante Ramljak

FONDACIJA

**Boris
Divković**

FOUNDATION

Partner des Projekts

„Wiedervereinigung oder Übernahme?“

Eine Spurensuche in Eisenhüttenstadt



Ortseingang - Eisenhüttenstadt © Gloria Geyer

Angetrieben von einem großen Interesse an der deutsch-deutschen Geschichte und gleichzeitig verwundert über das zuletzt regelmäßig starke Abschneiden der Alternative für Deutschland (AfD) bei ostdeutschen Landtagswahlen, stellte sich unsere sechsköpfige Gruppe die Frage, ob zwischen den gesellschaftspolitischen Folgen der ostdeutschen Systemtransformation der frühen 1990er Jahre und dem Zuspruch, den Rechtspopulisten in den sog. *Neuen Bundesländern* gegenwärtig erfahren, ein kausaler Zusammenhang besteht. Im Vordergrund standen für uns dabei Fragen der Identität und des Zugehörigkeitsgefühls der ostdeutschen Bevölkerung. Identifizieren sich die Ostdeutschen 30 Jahre nach dem Mauerfall mehrheitlich voll und ganz mit der Bundesrepublik – ihrem politischen System, ihren staatlichen Institutionen sowie ihrer heutigen westlich-liberal geprägten Gesellschaftsform – oder überwiegt vielmehr das Gefühl einer rücksichtslosen „Übernahme“ durch den „Westen“, in dessen Zuge die ehemalige DDR in das

ungewohnte, kapitalistisch-demokratische Korsett der Bundesrepublik hineingezwungen wurde? Kurzum: Betrachten sich die Ostdeutschen heute als gleichberechtigte und vom Staat gleichbehandelte Bundesbürger*innen oder fühlen sie sich als „Fremde im eigenen Land“?

Diesen Fragen sind wir mithilfe von qualitativen Interviews mit Personen, die zeit ihres Lebens in Ostdeutschland wohnten und dank ihres Alters sowohl den DDR-Alltag als auch die Umbruchsjahre der frühen 1990er am eigenen Leib erfahren, auf den Grund gegangen. Als Zielort für unsere ursprünglich geplante Feldforschung wählten wir die im brandenburgischen Oder-Spree Landkreis liegende Stadt Eisenhüttenstadt, die 1950 als kommunistische Planstadt gegründet wurde und deren offizieller Name von 1953 bis 1961 StalinStadt lautete. Zu DDR-Zeiten war die Stadt dank des Hüttenwerks Eisenhüttenkombinat Ost eines der bedeutendsten Industriezentren des Landes, nach 1989 folgte ein massiver



Straße der Solidarität - Eisenhüttenstadt
© Gloria Geyer



Stahlwerker - Bronzestatue von Herbert Burschik
© Gloria Geyer

Arbeitsplatzabbau und ein damit verbundener, bis heute andauernder Bevölkerungsrückgang. Bei den brandenburgischen Kommunalwahlen im Mai 2019 wurde die AfD im Wahlkreis Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) mit 18,4% zweitstärkste Kraft und erreichte dort bei den kurz darauf, im September 2019, folgenden Landtagswahlen mit jeweils ca. 28% bzw. 30% gar die Mehrheit der Erst- und Zweitstimmen.

Die in einem Podcast zusammengefassten Aussagen der von uns interviewten Eisenhüttenstädter*innen weisen auf einen direkten Zusammenhang zwischen dem Strukturwandel Ostdeutschlands nach 1989 und dem seit einigen Jahren verstärkt zu beobachtenden, politischen Ost-West-Gefälle in Deutschland hin. Die politischen Narrative und Einstellungen, die in den geführten Interviews herausklangen, zeugen von einer tiefsitzenden Wut und Frustration, die sich in einigen Fällen zu kompletter Resignation und Hoffnungslosigkeit verhärtet hat und offensichtlich bei vielen Eisenhüttenstädter*innen vor-

herrscht. Ein Kristallisationspunkt dieses Gefühls ist das Wahlverhalten der Eisenhüttenstädter*innen. Der von uns auf Grundlage der geführten Gespräche gewonnene Eindruck ist, dass in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung in der Tat ein Gefühl der Ungerechtigkeit, des „Vergessen- bzw. Vernachlässigtwordenseins“ verbreitet ist. Dieses Gefühl richtet sich bei unseren Interviewpartner*innen vor allem gegen die bundesdeutschen politischen Eliten, die die Wiedervereinigung vollzogen haben und seit 1989 in Bonn bzw. Berlin an der Macht seien. In unserem Projekt reflektieren wir, inwiefern Eisenhüttenstadt diesbezüglich *pars pro toto* für viele andere, kleine und mittelgroße Städte Ostdeutschlands steht.

PROJEKTGRUPPE: Kostanca Bicolli, Gloria Geyer, Mihail Ciubuc, Philipp Filipovski, Sandro Liener und Thomas Pawlowski

Erinnerungsorte jüdischer Geschichte

Warschau - Budapest - Berlin



Die heutige Almstadtstraße im Berliner Scheunenviertel hieß bis 1951 Grenadierstraße und war ab dem Ende des 19. Jahrhunderts ein zentraler Ort jüdischer Migrant*innen aus Osteuropa. © Projektgruppe

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist eine neue, globale Welle von Nationalismus zu beobachten. Antisemitismus ist dabei eine kontinuierliche, gesellschaftliche Problematik, die durch den zunehmenden Erfolg rechter Politik eine neue systematische Relevanz erlangt. In Anbetracht dieser Entwicklungen ist die Auseinandersetzung mit der europäischen Geschichte und Erinnerungskultur wichtig wie nie zuvor.

In unserem Projekt haben wir uns mit der Erinnerungskultur jüdischer Geschichte auseinandergesetzt. Die Idee dieses Projekts entstand mit der Lektüre des im Jahr 2018 von Max Czollek veröffentlichten Buchs „Desintegriert Euch!“. Dabei macht der Autor darauf aufmerksam, dass die Identitäten der Jüdinnen und Juden in Deutschland für bestimmte Zwecke instrumentalisiert werden. Die Rolle des Judentums folgt seiner Meinung nach „einem Skript, das den Titel ‚Die guten Deutschen‘ trägt“ (Czollek, 2018). Laut Czollek besteht die Funktion der Jüdinnen und Juden im öffentlichen Leben in Deutschland darin, zu bestätigen, dass die deutsche Gesellschaft ihre Vergangenheit in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und die Shoah erfolgreich verarbeitet hat. Durch unsere Arbeit wollten wir untersuchen, was in Deutschland, Polen und Ungarn in Bezug auf die Shoah erinnert wird und was dabei womöglich vergessen wird.

Orte des jüdischen Lebens und der Erinnerungskultur an die jüdische Geschichte in Warschau, Budapest und Berlin soll-

ten den Rahmen geben, um zu schauen an was und wie erinnert wird und welche Leerstellen dabei zu finden sind. Dabei wollten wir insbesondere darauf achten, ob die These von Czollek auch auf die polnische und ungarische Erinnerungskultur übertragbar ist. Bei unseren Recherchen sind wir auf den Diskurs der Opferkonkurrenz gestoßen, die in diesem Kontext eine wichtige Rolle für Ungarn und Polen spielt. Dies können wir auch nach unserer Untersuchung zu Orten der Erinnerung bestätigen, da wir selten, wie z.B. in Deutschland, Mahnmale für die Opfer der Shoah finden, sondern allgemeine Gedenkstätten für alle Opfer von 1939-1989 (Nationalsozialismus und Kommunismus). Diese spezifischen historischen Hintergründe leiten uns dazu, Czolleks These nicht unhinterfragt zu übertragen, sondern sie an die jeweiligen Kontexte anzupassen.

Wie ist es möglich, das bereits Vergessene der jüdischen Geschichte sichtbar zu machen?

Unsere Projektidee war, in einer vergleichenden Perspektive die Erinnerungsorte jüdischer Geschichte und besonders die vergessenen Orte fotografisch festhalten. Die Fotografien stehen in dem jeweiligen historischen Kontext, sodass dabei künstlerisch das Vergessene sichtbar gemacht wird. Eine geplante Fotobroschüre sollte als Medium des Versuchs einer Sichtbarmachung dienen, in dem wir Orte sowie Nicht-Orte der Erinnerung im historischen Vergleich fotografisch festhalten wollten.



Die Projektgruppe während eines digitalen Arbeitstreffens. V.l.n.r. Emese Liane Gyanyi, Maksim Malinovskii, Ruth Prisca Rist, Jannik Thomas Rösner. © Projektgruppe

Es war geplant nach einer Recherchephase in die drei Städte zu reisen, um uns dort mit thematischen Expert*innen zu treffen, jedoch viel wichtiger, die Orte der jüdischen Geschichte zu besuchen sowie Fotografien aufzunehmen. Anschließend wollten wir uns mit dem Produkt auf künstlerischer Ebene beschäftigen. Es war angestrebt, dass wir die Fotografien mit begleitenden Texten in Form einer Broschüre publizieren werden. Aufgrund der Maßnahmen zur Einschränkung des Coronavirus musste die Auseinandersetzung mit den jüdischen Erinnerungsorten überwiegend online stattfinden. Dies hatte zur Folge, dass wir uns auf die Projektkonzeption fokussiert haben und die Fotografien aus Onlinearchiven nutzen mussten.

So konnten wir als Ergebnis unserer Arbeit unter erschwerten Arbeitsbedingungen eine beispielhafte Fotobroschüre erstellen, die wir für Warschau und Budapest nicht mit eigenen Fotos befüllen konnten.

PROJEKTGRUPPE: Emese Liane Gyanyi,
Maksim Malinovskii, Ruth Prisca Rist
und Jannik Thomas Rösner

In Feminis Veritas – Osteuropa Frauenfestival

Vernetzung von Aktivistinnen, Künstlerinnen,
Musikerinnen und Vertiefung der Ost-
Westbeziehung



Wir haben uns als Gruppe von Studentinnen zusammengefunden, um im Verlauf des Projektseminars „The Nation Strikes Back? Alte und neue Nationalismen in Osteuropa“ ein Festival mit dem Titel „In Feminis Veritas“ auf die Beine zu stellen. Dieses Projekt sollte zusammen mit Frauen aus dem östlichen Europa organisiert werden. Unsere Idee war, die Auswirkungen eines an Bedeutung gewinnenden Nationalismus im östlichen Europa mit

der Frage nach der Rolle von Frauen und Frauenrechten zu verbinden. Uns beschäftigten vor allem die Debatten über die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in Polen, der Umgang mit häuslicher Gewalt in Russland und anderen Ländern des östlichen Europas sowie die Frage, inwiefern nach den Transformationsprozessen der 1990er und dem massiven Abbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten Frauen die Belastungen der Doppelrolle

als Erwerbstätige und Mütter bzw. des care work im Allgemeinen bewältigt haben. Dabei erschien gerade die Tendenz einer Retraditionalisierung von Frauenrollen eng mit nationalistischen Diskursen verbunden zu sein. Wir stellten uns daher die Frage, wie Frauen in Osteuropa selbst aktiv werden, für Frauenrechte einstehen und gegen Ungleichbehandlungen vorgehen. Bedingt durch die Corona-Krise, verschoben wir das Format ins Digitale und erstellten eine Website, auf der die Programmpunkte des Festivals geteilt wurden.

So luden wir unterschiedliche Künstlerinnen, Aktivistinnen, Expertinnen mit Osteuropabezug ein, am Festival teilzunehmen und sich zu vernetzen. Bestandteil der Veranstaltung waren schließlich eine Performance des DJane Kollektivs Kat Kat, eine feministische Kunstausstellung mit Installationen von Victoria Lomasko und Anna Krenz, eine Paneldiskussion mit Agnieszka Wierzcholska, Elżbieta Korolczuk, Dora Kaprálová und Anna Krenz, eine Lesung von Dora Kaprálová, ein Workshop zu STI Testing von Anna Wim sowie eine Kurzfilmvorführung des für den Oscar nominierten Films „Daughter“ von Daria Kashcheeva.

Mit dem Festival wollten wir Künstlerinnen eine Bühne geben und einen Austausch untereinander, aber auch mit dem interessierten Publikum ermöglichen. Das Ziel war es, die Aufmerksamkeit auf die Situation von Frauen in Osteuropa zu lenken und die Kooperation zwischen ost- und westeuropäischen Zivilgesellschaf-

ten zu stärken. Durch eine künstlerische Aufarbeitung sollte ein Zugang zu einem komplexen Thema eröffnet und somit die Stärke der Frau angesichts von struktureller Benachteiligung und Diskriminierung verdeutlicht werden.

Aufgrund des Umstiegs auf das digitale Format fanden der Workshop und die Paneldiskussion über Video-Konferenz statt. Die Kunstausstellung wie auch der Auftritt des DJane Kollektivs wurde gefilmt. Ferner veröffentlichten wir auf unserer Website kurze Vorstellungsvideos mit allen beteiligten Frauen sowie der Lesung. Für die Filmvorführung haben wir eine passwortgeschützte Adresse eingerichtet, auf welche Besucher*innen des Festivals mit Voranmeldung Zugriff erhielten.

PROJEKTGRUPPE: Valerie Brosch, Natalia Sobczuk, Katja Köhler, Markéta Kroupová und Elizaveta Mukhina

WEBSITE: <https://www.infeminisveritas.de/>

INSTAGRAM: infeminisveritas

FACEBOOK: <https://www.facebook.com/InFeminisVeritas/>

YouTube: <https://www.youtube.com/channel/UC8WxJ7yet5URwCijC5fVe4Q>



Drehtag mit unserer Kamerafrau Michalina Mrozek: Lesung von Dora Kaprálová (links im Bild)



Djane Kat Kat während der Aufnahme des einstündigen Sets



Die Projektgruppe – Leider fehlte Markéta, da sie aufgrund der Corona-Pandemie nicht aus Tschechien ausreisen konnte. V.l.n.r. Katja Köhler, Natalia Sobczuk, Valerie Brosch, Elizaveta Mukhina, Markéta Kroupová



Daria Kashcheeva, Macherin des Kurzfilms „Daughter“



Improvisierte Kunstausstellung am Baustellenzaun von Victoria Lomasko



Interview und Kunstausstellung von Anna Krenz (links im Bild)



Anna Wim: Durchführung des Workshops
Alle Bilder © Projektgruppe



Partner des Projekts und Sponsoren

Das Bild Russlands in Georgien



I ♥ Tbilisi in city center © Andrew Pucik

Unser Projekt konzentriert sich auf die Entwicklung der nationalen Identität Georgiens nach dem Zerfall der Sowjetunion. Wir wollten danach fragen, wie sich die Bildung der nationalen Identität Georgiens veränderte und welche Rolle Russland als das „konstitutive Andere“ in diesem Kontext spielte sowie ob der sog. Augustkrieg zwischen Russland und Georgien im Jahr 2008 die Identitätsbildung wesentlich stimulierte. Leider waren wir aufgrund der Corona-Pandemie gezwungen, auf unsere Reise nach Georgien zu verzichten und unseren Projektplan etwas zu verändern.

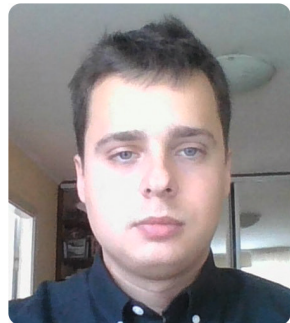
Um dieses Thema überhaupt beschreiben zu können, mussten wir uns eingangs damit befassen, wie sich die post-sowjetische georgische Identität entwickelt hat. Neben der wissenschaftlichen Recherche in der Sekundärliteratur stützten wir uns auf Expert*inneninterviews mit Wissenschaftlern wie Professor Oliver Reissner. Unsere Interviewpartner*innen beschäftigten sich wissenschaftlich mit der Region und mit dem Thema des Russlandbildes und des Nationalismus im Kaukasus. So konnten wir uns umfangreiche Kenntnisse über Politik, Gesellschaft, Geschichte, Wirtschaft und Kultur Georgiens aneignen.

Unsere Ausgangshypothese lautete, dass Feindlichkeit gegenüber Moskau, jedoch nicht Russlandfeindlichkeit per se, einen wichtigen Bestandteil der heutigen georgischen nationalen Identität bildet. Ziel unseres Projektes war es, diese Hypothese zu überprüfen und weitere Parameter in Bezug auf Person, Zeit, Ereignisse sowie Orte zu bestimmen, die Einfluss auf die georgische Identitätsbildung nehmen. Im Zuge unserer Recherchen und Auswertungen der Expert*inneninterviews sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Russlandfeindlichkeit in Georgien nicht nur das Narrativ der Rechtsextremen bestimmt, sondern ein weit verbreitetes Merkmal im gesamten politischen Spektrum Georgiens ist. Als Endprodukt unseres Projekts wollen wir einen wissenschaftlichen Artikel schreiben, in dem wir die oben genannten Informationen zusammentragen und analysieren, um einige Prämissen zum Prozess nationaler Identitätsbildung in Georgien vor und nach dem Krieg im Jahr 2008 herauszuarbeiten.

PROJEKTGRUPPE: Yuze He, Andrew Pucik und Clemence Armandine Jenny de Lacour

Nationalismus in Osteuropa

Auswirkungen auf den LGBTQI*-Aktivismus in Russland und der Ukraine



Unsere Gruppenmitglieder v.l.n.r. Daria Stanchuk, Tetiana Kurylenko, Callie Nicole Starn, Alexander Charkov, Alberto Vettese, Lorenz Fahr © Projektgruppe

Inwiefern sich das Erstarken nationalistischer Tendenzen in Osteuropa auf den LGBTQI*-Aktivismus auswirkt, ist die Forschungsfrage unserer sechsköpfigen multinationalen Projektgruppe. Um diese Frage zu beantworten, wollten wir ursprünglich vor Ort qualitative Interviews mit Expert*innen und Aktivist*innen aus dem LGBTQI*-Bereich in der Ukraine und in Russland führen und diese in einem kurzen Dokumentarfilm festhalten. Durch die internationalen Reiseeinschränkungen, die im Laufe der COVID-19-Pandemie verhängt wurden, musste unsere Projektgruppe ihre Forschungsarbeit jedoch umstrukturieren. Da das Reisen in die Zielländer nicht mehr möglich war, verwarfen wir die Idee einer filmischen Dokumentation zugunsten eines Podcast, da die qualitativen Interviews mit ukrainischen und russischen LGBTQI*-Expert*innen und -Aktivist*innen nun in mehreren Videokonferenzen realisiert wurden.

Insgesamt führten wir acht Interviews mit Jurist*innen, Psycholog*innen, Unternehmensführer*innen und weiteren Expert*innen und Aktivist*innen aus unterschiedlichen Zuständigkeits- und Fachbereichen. Alle Expert*innen verorteten sich selbst in der russischen oder ukrainischen LGBTQI*-Community und arbeiteten hauptberuflich in einer LGBTQI*-Organisation in Russland oder in der Ukraine. Die acht Interviews wurden im Laufe von zwei Wochen durchgeführt und wir konnten daraus neue Erkenntnisse im Hinblick auf unsere Forschungsfrage gewinnen, die wir in einer schrift-

lichen Ausarbeitung festhalten konnten. Über unsere Forschungsfrage diskutieren konnten wir daraufhin gemeinsam mit Alexander Verkhovsky; einem russischen Publizisten und Mitglieds des Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten, der zahlreiche Forschungsarbeiten zum Thema Nationalismus veröffentlicht hat. Der Vergleich von zwei Ländern, die beide Teil der Sowjetunion waren, sich jedoch nach der Unabhängigkeit der Ukraine und Russlands 1991 unterschiedlich entwickelten und miteinander in enger Beziehung und schließlich im offenen Konflikt standen, zeigte uns die Ambivalenz des Nationalismus in Osteuropa und die unterschiedlichen Konsequenzen in zwei ähnlich strukturierten Gesellschaften. Dies konnten wir anhand der Veränderungen der Rahmenbedingungen für LGBTQI*-Aktivismus und des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit LGBTQI*-Menschen nachzeichnen. Gleichzeitig trafen wir in den Interviews auch auf überraschende Gemeinsamkeiten der ukrainischen und russischen LGBTQI*-Communities.

Wir wollten mit unserem Projekt auf die Arbeit russischer und ukrainischer LGBTQI*-Organisationen sowie auf die konkrete Arbeit der von uns interviewten LGBTQI*-Expert*innen und -Aktivist*innen aufmerksam machen und ihnen Gehör verschaffen. Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, durch die Veröffentlichung der Ergebnisse im Podcast die internationale Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organisationen und NGOs im Bereich der LGBTQI-Antidiskriminie-

rungs- und Aufklärungsarbeit zu fördern. Wir als Projektgruppe sind froh, durch unsere Forschungsarbeit einerseits Erfahrungen in der qualitativen Methodik und andererseits auch in der Arbeit mit technischen Instrumenten, die beispielsweise zur Realisierung des Podcast notwendig waren, sammeln zu können. Gefreut haben wir uns außerdem besonders über die auffallend positiven Äußerungen unserer Interviewpartner*innen im Hinblick auf das Forschungsthema.

Die Durchführung unseres Projektes in Zeiten der COVID-19-Pandemie hat uns nicht zuletzt gezeigt, dass es immer ratsam ist, mehrere Optionen für die Projektrealisierung bereit zu halten. Es kann zu Umständen (in unserem Fall globalen Ausmaßes) kommen, mit denen zu Beginn niemand rechnen kann. Die Zusammenarbeit mit unseren unglaublich engagierten Interviewpartner*innen aus Kiew, Lwiw und Moskau, denen wir hiermit ausdrücklich danken wollen, war trotz der Umstände sehr verlässlich und effizient.

PROJEKTGRUPPE: Alexander Charkov,
Lorenz Fahr, Tetiana Kurylenko, Daria
Stanchuk, Callie Nicole Starn und
Alberto Vettese

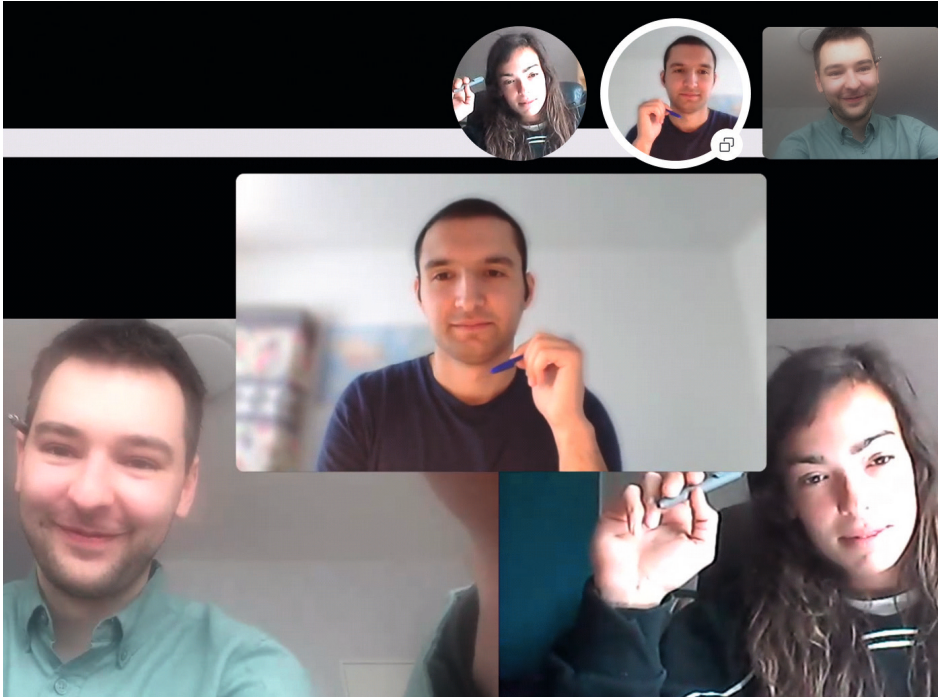




Partner des Projekts und Sponsoren

Die Welt in der Corona Krise

Drei Länder, drei Geschichten



Unsere Gruppe im Home Office. V.l.n.r. Dimitrij Herrmann, Kialbi Kambarov, Claudia Prodomi © Projektgruppe.

Ziel unserer Dreier-Gruppe war es, die Geschichten unserer Herkunftsländer, also Italiens, Russlands und der Ukraine, in der schwierigen Zeit der COVID-19-Pandemie aus der Perspektive von Augenzeugen zu erzählen. Wir beschäftigten uns mit den alltäglichen Erfahrungen von Menschen aus den drei Ländern in Corona-Zeiten. Zum einen führten wir Interviews mit drei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, mit Studierenden, Erwerbstätigen und Rentner*innen. Die Interviews halfen uns, das Thema aus einer persönlichen Ebene zu betrachten und den „menschlichen“ Aspekt, das Schicksal der Einzelnen im Wirrwarr eines konkreten historischen Ereignisses in den Vordergrund zu stellen. Darüber hinaus ergänzten wir diese qualitativen Interviews durch Literatur und Online-Berichterstattung. Am Ende stellten wir das Wissen, das wir aus der persönlichen Perspektive und der Datenanalyse der jeweiligen Gesellschaften gewonnen hatten, gegenüber, um zu einer vergleichenden Perspektive auf die während der Pandemie gemachten Erfahrungen zu gelangen.

Unsere Ergebnisse verweisen zunächst auf einige Gemeinsamkeiten bei den gemachten Pandemieerfahrungen. Neben der Tatsache, dass in allen drei Gesellschaften Studierende den Verlust des sozialen Lebens beklagten, Erwerbstätige vor allem den Verlust des Arbeitsplatzes fürchteten und insbesondere ukrainische und russische Rentner*innen ein möglicher Zusammenbruch des Gesundheitssystems umtrieb, wurden jedoch auch

Unterschiede deutlich. So verstärkte die Pandemie vor allem in Italien die unter Studierenden bereits vor Beginn der Krise große Angst vor Arbeitslosigkeit. Interessanterweise zeigten vor allem jüngere Befragte eine hohe Sensibilität für die gesundheitlichen Risiken, während die Pandemieerfahrung insbesondere in Russland und der Ukraine die bereits vor dem Ausbruch von COVID-19 bestehenden Zweifel an staatlichen Institutionen verstärkte.

Unser Projekt ermöglichte es, einen Einblick in andere Länder und Erfahrungswelten in Zeiten der Pandemie aufzuzeigen. Wir hoffen, mit unseren Ergebnissen eine breite Öffentlichkeit auf die unterschiedlichen Erfahrungen während der Corona-Krise aufmerksam machen zu können. Hierzu fassten wir unsere Ergebnisse in einem Zeitungsossier zusammen, das nach Abschluss des Projektes veröffentlicht werden soll.

PROJEKTGRUPPE: Claudia Prodomi, Kialbi Kambarov und Dimitrij Herrmann

Tagebuch aus der Quarantäne. Russlanddeutsche in Zeiten des Virus

Zwischen neuer und alter Heimat. Ein Podcast über die Wahrnehmung der Pandemie aus der Sicht von Russlanddeutschen



Unsere Gruppe im Home Office. V.l.n.r. Maria Hoffmann, Christoph Hado Grulich, Paula-Lucia Rosenheimer, Diana Minaeva, Anna Catif-Filonova, Christoph Manuel Reinecke, Alexander Silanov, Nikita Kin. © Projektgruppe

Seit Mitte der 1980er Jahre sind etwa 2,3 Millionen Russlanddeutsche in die Bundesrepublik Deutschland emigriert, der Großteil davon binnen der ersten 20 Jahre. Die Integration der Russlanddeutschen wurde als exemplarischer Erfolg angesehen. Gemessen an der Erwerbstätigenquote und dem Durchschnittsgehalt gelten die Russlanddeutschen als eine der bestintegrierten Migrant*Innengruppen. Viele Russlanddeutsche beschreiben ihre Integration in die deutsche Gesellschaft dennoch als problematisch. Wurden und werden Russlanddeutsche in Deutschland oft als „Russ*innen“ pauschalisiert, galten und gelten sie in ihren Herkunftsländern als „Deutsche“. Die Folge ist ein Gefühl der „*doppelten Fremdheit*“. Man ist Russ*in und Deutsche*r, aber nicht beides.

Zahlreiche russlanddeutsche Familien haben immer noch Verwandte oder Freunde in Russland, mit denen sie in regem Austausch stehen. Zudem verfolgen auch in Deutschland lebende Russlanddeutsche oftmals Medien sowohl in russischer als auch in deutscher Sprache. An diesem Punkt stellte sich für uns die Frage, wie sich eine solch fundamentale und globale Krise wie die Corona-Pandemie im Kontext der „*doppelten Fremdheit*“ auf die Russlanddeutschen auswirkt. Die Krise offenbarte grundsätzliche Unterschiede in der Wahrnehmung und den Auswirkungen der Corona-Pandemie zwischen Russland und Deutschland. Während die russische Regierung dem Virus zu Beginn der Pandemie nahezu keine Aufmerksamkeit schenkte, verhängte die Bundes-

regierung bereits die ersten Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens. Bei vielen Russlanddeutschen sorgte dies für Verunsicherung, verfolgten sie doch beide Entwicklungen parallel.

In unserem Projekt stellten wir die Frage, wie der Umgang mit dem Virus in Deutschland und Russland wahrgenommen wurde und wie sich die Zustimmung seitens der Russlanddeutschen zu den staatlichen Maßnahmen in beiden Ländern gestaltete. Zudem standen in unserem Vorhaben auch die durch die Pandemie hervorgerufenen Familienzerwürfnisse im Fokus, beispielsweise zwischen russischsprachige Medien konsumierenden Eltern und ihren westliche Medien konsumierenden Kindern. Ferner hatten wir das Ziel, das Zugehörigkeitsgefühl der Russlanddeutschen unter diesen besonderen Umständen besser zu verstehen. Veränderte sich das Zugehörigkeitsgefühl unserer Interviewpartner*innen im Verlauf der Pandemie? Dabei wollten wir die Russlanddeutschen selbst zu Wort kommen lassen. Das Endprodukt unseres Projektes bildet ein Audiopodcast, der sowohl die mediale Berichterstattung aus Russland und Deutschland, die Wahrnehmung der Pandemie innerhalb der jeweiligen Bevölkerung als auch die Meinung unserer Interviewpartner*innen chronologisch seit Beginn der Pandemie aufzeigt. Interviewt wurden Familienmitglieder und ferne Verwandtschaft aus dem Umfeld unserer Projektgruppe, aber auch russlanddeutsche Verbände und Medienschaffende sowie Personen des öffentlichen Lebens.

Anhand der durchgeführten Interviews konnten wir eine enorme Diversität von Einstellungen feststellen. Unsere Interviewpartner*innen hatten keinesfalls immer die gleiche Meinung, wodurch wir in den Monaten der Quarantäne viele verschiedene Einblicke in omnipräsente und oft stark hinterfragte Themen bekamen. Wir konnten durch unser Projekt einen Blick auf die Sichtweise von Menschen werfen, die den Virus als gefährlich wahrnahmen und Befürworter*innen der Schutzmaßnahmen waren. Ebenso sprachen wir mit Menschen, die Maßnahmen rund um die Pandemie als Hype wahrnahmen, diesen selbst als belanglos empfanden und sich offen für die Abschaffung der Maßnahmen aussprachen. Eine entscheidende Rolle für diese unterschiedlichen Perspektiven spielte dabei die Berichterstattung der jeweils konsumierten Medien. Wie genau die jeweiligen Meinungsgruppen ihre Sichtweise begründen und was genau diese beeinflusst hat, stellt einen zentralen Bestandteil unseres Podcasts dar.

PROJEKTGRUPPE:

Anna Catif-Filonova, Christoph Hado
Grulich, Maria Hoffmann, Nikita Kin,
Diana Minaeva, Christoph Manuel
Reinecke, Paula-Lucia Rosenheimer und
Alexander Silanov

Russische und bulgarische Samstagsschulen in Berlin und ihr Beitrag zur Identitätsbildung bei Kindern und Jugendlichen

Das Themenfeld der Konstruktion (neuer) kollektiver Identitäten und Zugehörigkeiten nimmt einen wichtigen Platz in den Sozialwissenschaften ein. Da die Prozesse der Identitätsbildung insbesondere im Kindes- und Jugendalter intensiv sind und ggf. auch spannungs- und konfliktreich verlaufen können, legten wir den Fokus unseres Forschungsprojektes auf diese Altersgruppe. Zur Wahl gerade dieser Zielgruppe trug auch die Relevanz des Themas vor dem Hintergrund steigender Zahlen an Kindern mit einem multikulturellen Hintergrund bei, vor allem in Metropolen wie Berlin.

Um die Identitätsbildungsprozesse der Kinder und Jugendlichen inklusive ihrer Selbst- und Fremdzuschreibungen und Rollenverständnisse zu untersuchen, wählten wir die Institution der Samstagsschule. Samstagsschulen sind Einrichtungen, die von ethnischen Minderheiten organisiert werden und sich bei aller Vielfalt der Organisationsform, Finanzierung und Zielsetzung darin einig zu sein scheinen, dass sie die jeweilige Sprache und Kultur an die zukünftigen Generationen weitergeben möchten sowie sich als Bildungsstätten und oft als Kommunikations- und Integrationsorte verstehen.

Die Untersuchung der Samstagsschulen in Deutschland bzw. in Berlin ist noch immer ein Forschungsdesiderat. Die Analyse dieses Ortes der Identitätsstiftung verspricht daher neue Erkenntnisse zu generieren. Gleichzeitig ist dieses Feld jedoch zu breit und vielfältig, um im Rahmen eines einzelnen Forschungsprojekts komplett erfasst werden zu können. Wir haben uns daher auf jeweils eine russische und bulgarische Samstagsschule in Berlin fokussiert, da unsere Projektgruppe über die entsprechenden Sprachkompetenzen verfügt. Dabei sind wir der Frage nachgegangen, mithilfe welcher Lerninhalte an Samstagsschulen die Identitätsbildung bzw. die Formierung eines ethnischen Zugehörigkeitsgefühls sowie deren Auswirkungen beispielsweise auf das Rollenverständnis von Kindern geprägt werden.

Ursprünglich war geplant, dass wir neben qualitativen, semi-strukturierten Interviews mit der jeweiligen Schulleitung und den Lehrkräften sowie der Inhaltsanalyse von Unterrichtsmaterialien auch im Unterricht selbst teilnehmende Beobachtungen durchführen. Die Corona-Pandemie führte jedoch zu flächendeckenden Schulschließungen in Deutschland, die auch die Samstagsschulen betrafen. Dies

machte es notwendig, unser Forschungsdesign kurzfristig umzustellen und auf die teilnehmende Beobachtung zu verzichten. Auch die Interviews konnten nicht Face-to-Face geführt werden, sondern mussten telefonisch bzw. per Videokonferenz stattfinden. Nichtsdestotrotz lieferten die Interviews mit den Lehrkräften wichtige Informationen zur Didaktik und Methodik des Unterrichts, während die Inhaltsanalyse tiefere Einblicke in die Textinhalte bot. Diese unterschiedlichen methodischen Modi ermöglichten es, ein umfassendes Bild des Identitäts- und Selbstverständnisses sowie des Gefühls der kulturellen Zugehörigkeit der Kinder zu bekommen. So zeigen die Ergebnisse unserer Recherche, dass sich die Samstagsschulen vor allem über ihre Unterrichtsfächer - Bulgarisch oder entsprechend Russisch und bulgarische oder russische Geschichte und Geographie - auf Prozesse der kulturellen Selbstidentifizierung der Schülerinnen und Schüler auswirken. Der Schwerpunkt der Lehrinhalte der jeweiligen Schule dient dazu, einen Einblick in die jeweilige Kultur im dominant deutschgeprägten Umfeld zu gewährleisten. Das führt zu einer den Schüler*innen auch bewussten, gedoppelten Identitätsvorstellung - Deutsch

und Bulgarisch/Russisch. Diese Identitätsvorstellungen sind jedoch fluide und unabgeschlossen.

Unser Projekt fand seinen Abschluss in der Anfertigung eines wissenschaftlichen Berichts.

PROJEKTGRUPPE: Jennifer Felde, Maria Georgieva und Ganna Novytska

Die Welt stirbt und wir bemerken es nicht einmal



Was ist die Realität? © Jakub Siarkiewicz

Manchmal wenn ich mich ins Bett lege, halten mich meine Gedanken noch lange wach. Ich begeben mich dann in meine Phantasiewelt, die Welt, die ausschließlich mir gehört, sie fühlt sich sicherer, behaglicher und wohltuender an als die öffentliche Welt. Die Realität, die wir alle teilen, ist keineswegs selbstverständlich vorgegeben. Denn sie ist die Summe unserer Individualitäten, die zwar ein Echo ausstrahlen, aber die Natur hat uns mit keinem Echolot ausgerüstet.

Olga Tokarczuk, eine polnische Schriftstellerin, die den Nobelpreis für Literatur für das Jahr 2018 erhielt, geht in ihren Werken wiederholt der Frage nach, ob die Entdeckung des „Ich“, die vermeintlich größte Errungenschaft der westlichen Zivilisation, in der Tat ein Segen oder doch ein Fluch für unseren Planeten sei. Der Erde würde es ohne Menschen gut gehen, doch Menschen könnten ohne die Erde nicht leben. Warum benehmen sie sich denn wie Schöpfer des Universums? Mit einer Ausstellung in der Bibliothek des Osteuropa-Instituts bezwecke ich, die Aufmerksamkeit auf akute Probleme unserer Welt zu lenken, indem ich Olga Tokarczuk in ihrer Rolle als öffentliche Intellektuelle darstelle. Die Ausstellung besteht aus Zitaten aus Tokarczuks Werken, Reden und Interviews, meinen eigenen *graphic short stories*, die von ihr inspiriert wurden sowie aus diversen Abbildungen. „Denn“, so Olga Tokarczuk, „die Welt stirbt und wir bemerken es nicht einmal“.

Die Welt stirbt an der Rücksichts- und Verantwortungslosigkeit, Überheblichkeit, Eifersucht und Machtbesessenheit der Menschheit, kurzum: am Missbrauch ihrer Ich-Bezogenheit. Unsere Vielfältigkeit soll unsere Stärke sein – warum verfallen wir dann wiederholt in Konflikte aufgrund dieser Diversität? Warum handeln wir, als ob es kein morgen gäbe, auch wenn kurzfristige Profite langfristig katastrophale Folgen mit sich bringen? Sorgt unser Ich-bezogenes Narrativ für unsere individuelle Freiheit oder für Versklavung – oder für beides auf einmal? Diese Fragen, die mich umtreiben, möchte ich mithilfe von Tokarczuks Aussagen ins Bewusstsein rufen, gerade weil die Nobelpreisträgerin sich wiederholt zu diesen Themen geäußert hat.

Egal ob es uns gefällt oder nicht, sind wir ein Teil des Ganzen und schaffen die Welt, in der wir leben. Meine Ausstellung gibt keine Antworten auf die hier gestellten Fragen, aber das muss sie auch nicht. Ihr Ziel ist es, eine Perspektivierung der aktuellen Probleme darzustellen, die stark durch Tokarczuk inspiriert wurde. Die Erkenntnis der Probleme ist immer der erste Schritt zu ihrer Lösung. In diesem Sinne kann meine Ausstellung als ein Appell an die Zuschauer*innen begriffen werden, der zu mehr Bewusstsein aufruft.

PROJEKTGRUPPE: Jakob Siarkiewicz

Die Straßen von Winnyzja im Wandel



Auf „Ukraine-Reise“ in Berlin-Wilmersdorf. Zu sehen ist das ukrainische Wappenzeichen Tryzub an der Fassade eines Hauses, das zu Beginn der 1920er Jahre von einem ukrainischen Geschäftsmann in Berlin gekauft wurde und später zu einem Zentrum ukrainischen politischen Lebens in Berlin wurde. Die Anbringung des Wappens geht auf eine Organisation ukrainischer Nationalisten aus den 1930er Jahren zurück. V.l.n.r. Mihaela-Violeta Vochin, Andrii Kozak, Polina Mizun © Projektgruppe.



Das Augenmerk unserer Dreier-Gruppe richtete sich auf die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Erbe in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. So untersuchten wir in unserem Projekt Prozesse der Dekommunisierung in der zentralukrainischen Stadt Winnyzja. Die Ukraine ist seit fast 30 Jahren unabhängig. Dennoch ist hier nach der Unabhängigkeit eine ganze Generation mit dem „roten“ Erbe großgeworden, das heißt mit kollektiven Erinnerungspraktiken, die unmittelbar an die nahe Vergangenheit anknüpfen und im Stadtbild verankert

waren. Auch Straßennamen bilden einen Teil dieses Erbes, und sie schufen ein gefärbtes Bild von der Vergangenheit.

Das dringende Bedürfnis dieser neuen Generation nach Veränderung führte zu einer Reihe von dramatischen Ereignissen, unter anderem dem so genannten Euro-Maidan in den Jahren 2013 und 2014 in Kyjiw. Diese Bewegung und die daraus resultierenden politischen Veränderungen führten dazu, dass auf der staatlichen Ebene sog. „Dekomunisierungsgesetze“ verabschiedet wurden. Bei einem großen Teil der Menschen in der Ukraine führten diese Prozesse dazu, sich umfassender mit dem Umgang mit dem kommunistischen Erbe auseinanderzusetzen. Den erlassenen Gesetzen zufolge sollten die Symbole der kommunistischen Vergangenheit aus dem öffentlichen Raum entfernt werden, u.a. auch durch die Umbenennung von Straßen. In Winnyzja wurden innerhalb von nur einem Jahr (2015-2016) 142 Straßen umbenannt. Man kann dies als eine Art nachholende Welle jener gesellschaftlichen und politischen Prozesse verstehen, die fast 30 Jahre zuvor in der Ukraine begonnen hatten.

Während der ersten Systematisierung der Umbenennungen ist uns aufgefallen, dass jede neue Regierungspartei im Rathaus die toponymische Landschaft der Stadt für ihre eigenen Zwecke nutzte. Nur wenige Straßen behielten den Namen bei, den sie bereits vor 1989 trugen. Straßennamen bilden einen Teil des kollektiven, kulturellen Gedächtnisses und beeinflussen Menschen auf unterschied-

lichen (politischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen) Ebenen. Deswegen setzten wir uns zum Ziel unserer Forschung, den Prozess der Namensgebung und Umbenennung der Straßen in Winnyzja zu untersuchen. Die Ergebnisse unserer historischen Recherche, ergänzt durch Interviews mit Expert*innen und einflussreichen Persönlichkeiten vor Ort, fassten wir in einem wissenschaftlichen Artikel zusammen. Ursprünglich planten wir eine Reise nach Winnyzja, die aufgrund der COVID-19-Pandemie jedoch nicht stattfinden konnte.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Prozesse, die in den Jahren 2015 bis 2016 in Winnyzja stattfanden, eher im Widerspruch zu unseren ursprünglichen Erwartungen standen, derzufolge die „neuen“ Straßennamen vor allem nationalistisch aufgeladen sind, u.a. durch Verweise auf historische Persönlichkeiten, die der „Kommunisierung“ 1917/1920 Widerstand geleistet hatten (z.B. Stepan Bandera). Unserer Analyse zufolge trugen die Prozesse der Straßenumbenennung jedoch zur Bildung einer lokalen, städtischen Identität bei. Die neuen Namen bezogen sich vor allem auf lokale Ereignisse und Persönlichkeiten, womit die Bevölkerung zu einer kritischen Selbstreflexion angehalten wurde.

PROJEKTGRUPPE: Mihaela-Violeta Vochin, Andrii Kozak und Polina Mizun

Freie Universität Berlin



OSTEUROPA|INSTITUT

Impressum

Projektkurs 2019/2020
am Osteuropa-Institut
Abteilung Geschichte
Freie Universität Berlin
www.oei.fu-berlin.de

Design und Layout: Vivian Dube